



EUROPÄISCHE ZENTRALBANK

PRESSEKONFERENZ
DONNERSTAG, 6. FEBRUAR 2003
EINLEITENDE BEMERKUNGEN

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Vizepräsident und ich möchten Sie über die Ergebnisse der heutigen Sitzung des EZB-Rats informieren.

Wir haben die **monetären, finanziellen und wirtschaftlichen Entwicklungen** analysiert und neue Informationen in unserer Einschätzung berücksichtigt. Insgesamt gesehen ist der aktuelle geldpolitische Kurs nach wie vor angemessen, um einen günstigen Ausblick für die Preisstabilität auf mittlere Sicht aufrechtzuerhalten. Daher haben wir unsere Leitzinsen unverändert belassen. Ihr niedriges Niveau dürfte dazu beitragen, die derzeit von der großen weltweiten Unsicherheit ausgehenden negativen konjunkturellen Auswirkungen auszugleichen, und somit zu einer nachhaltigen wirtschaftlichen Erholung im Laufe des Jahres 2003 beisteuern. Zurzeit gehen wir noch davon aus, dass der hohe Grad an Unsicherheit im Laufe dieses Jahres zurückgehen wird. Es ist jedoch zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur sehr schwer - wenn überhaupt - möglich, zu einer umfassenden Beurteilung des Einflusses der geopolitischen Entwicklungen auf die Weltwirtschaft im Allgemeinen und auf das Euro-Währungsgebiet im Besonderen zu gelangen.

Was die Analyse im Rahmen der **ersten Säule** der geldpolitischen Strategie der EZB betrifft, so verringerte sich der Dreimonatsdurchschnitt der Jahreswachstumsraten der Geldmenge M3 im Zeitraum von Oktober bis Dezember 2002 auf 6,9 % gegenüber 7,1 % in der Zeit von September bis November 2002. Dieses anhaltend starke Geldmengenwachstum spiegelt nach wie vor die hohe Präferenz für liquide Anlageformen vor dem Hintergrund der großen Unsicherheit an den Finanzmärkten und in der Wirtschaft sowie der geopolitischen Spannungen wider. Doch auch das niedrige Niveau der Kurzfrist- wie auch der Langfristzinsen im Euro-Währungsgebiet findet hier seinen Niederschlag.

Liquidität ist weiterhin reichlich vorhanden. Angesichts des gegenwärtigen konjunkturellen Klimas und der Erwartung, dass die vorgenommenen Portfolioumschichtungen nach Abklingen der Unsicherheit an den Finanzmärkten zum Teil wieder rückgängig gemacht werden, ist es derzeit allerdings unwahrscheinlich, dass dieser Liquiditätsüberschuss zu inflationären Spannungen führen wird. Der nach wie vor moderate Anstieg der Buchkreditvergabe an den privaten Sektor untermauert diese Einschätzung.

Was die Informationen zur **zweiten Säule** betrifft, so deuten die kürzlich veröffentlichten Konjunkturdaten und Umfrageergebnisse auf eine zur Jahreswende unverändert verhaltene Konjunkturentwicklung im Euro-Währungsgebiet hin. Dies deckt sich weitgehend mit den bisherigen Erwartungen, wonach die Wachstumsraten des realen BIP ab der zweiten Jahreshälfte langsam auf ein nahe am Potenzialwachstum liegendes Niveau ansteigen werden. Die Aufwertung des Euro in den letzten Monaten könnte zwar zu einer gewissen Dämpfung des Exportwachstums beitragen, aber die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen des Eurogebiets bleibt mittelfristig günstig, und das Ausfuhrwachstum dürfte von der erwarteten Erholung der Weltwirtschaft profitieren. Die jüngste Wechselkursentwicklung wird deshalb wohl keinen fundamentalen Einfluss auf das Hauptszenario für die Konjunkturaussichten haben.

Gleichzeitig ist der Einfluss einiger Faktoren, die zur allgemeinen Unsicherheit beitragen, immer noch spürbar. Vor allem sind die Anleger vor dem Hintergrund anhaltender geopolitischer Spannungen weiterhin risikoscheu. Weitere Spannungen an den Ölmärkten könnten sich negativ auf die Konjunkturperspektiven weltweit und somit auch auf die Beschäftigung im Euroraum auswirken. Diese Bedenken lasten auch auf dem Verbrauchervertrauen. Schließlich führen die in der Vergangenheit aufgebauten gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewichte zu Unsicherheiten hinsichtlich des Ausmaßes der Erholung in anderen großen Volkswirtschaften. Im Ergebnis bestehen auch weiterhin Abwärtsrisiken für die Wirtschaftsaussichten im Euro-Währungsgebiet.

Was die Preisentwicklung betrifft, so ging die jährliche Teuerung gemessen am HVPI der Vorausschätzung von Eurostat zufolge im Januar 2003 auf 2,1 % zurück, verglichen mit 2,3 % im Vormonat. Diese Vorausschätzung ist wie üblich mit Unsicherheit behaftet, und es liegt bisher noch keine detaillierte Aufgliederung vor. Allerdings scheinen Faktoren eine Rolle gespielt zu haben, die sich gegenseitig kompensierten. Einerseits gab es einen Aufwärtsdruck, der vom jüngsten Anstieg der Ölpreise und der Erhöhung verschiedener indirekter Steuern und administrierter Preise Anfang dieses Jahres ausging. Andererseits haben die Aufwertung des Euro und günstige Basiseffekte eine Dämpfung der Verbraucherpreissteigerung zur Folge. Die beiden letzten Faktoren dürften in den kommenden Monaten auch zu einer weiteren Senkung der jährliche

Teuerungsrate gemessen am HVPI beitragen. Allerdings unterliegen die kurzfristigen Prognosen für die Preissteigerung nach dem HVPI aufgrund der erheblichen Volatilität an den Ölmärkten einem besonders hohen Grad an Unsicherheit.

Mittelfristig dürften die allmähliche Überwälzung der Euro-Aufwertung und das erwartete nur moderate Wiederanziehen der Konjunktur den Inflationsdruck verringern. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird die Teuerung sinken und sich im Laufe dieses Jahres schließlich auf einem Niveau unterhalb von 2 % stabilisieren. Eine wichtige Voraussetzung dafür, dass auch auf mittlere Sicht Preisstabilität vorherrscht, ist eine moderate Lohnentwicklung. Lohnzurückhaltung würde darüber hinaus helfen, die Perspektiven für das Wirtschaftswachstum und die Schaffung weiterer Arbeitsplätze zu verbessern. Daher kommt es besonders darauf an, dass der Aufwärtstrend bei der Lohnentwicklung schließlich zum Stillstand kommt. Allerdings sind die Signale dafür trotz der im letzten Jahr durchweg schwachen Konjunktur nach wie vor uneinheitlich.

Was die Finanzpolitik betrifft, so gewährleistet der im EG-Vertrag sowie im Stabilitäts- und Wachstumspakt verankerte Handlungsrahmen, dass das Risiko des Auftretens von Haushaltsungleichgewichten begrenzt bleibt. Er trägt somit entscheidend zu günstigen Finanzierungsbedingungen für den privaten Sektor bei. Gleichzeitig sorgt er für eine angemessene mittelfristige Orientierung der Finanzpolitik und stärkt damit das Vertrauen und dadurch auch das Wachstum. Damit die Vorzüge dieses Handlungsrahmens vollständig ausgeschöpft werden können, ist es entscheidend, dass die Länder die darin enthaltenen Ziele anerkennen und erforderlichenfalls geeignete Konsolidierungsmaßnahmen ergreifen. Daher müssen die in den Stabilitätsprogrammen eingegangenen Verpflichtungen sowie die Forderung nach einer weiteren Verbesserung der Haushaltssalden - wie nachfolgend im ECOFIN-Rat vereinbart - vollständig erfüllt werden. Diese Vorteile würden noch deutlicher zutage treten, wenn die zugrunde liegenden finanzpolitischen Maßnahmen in eine umfassende Reformstrategie zur Stärkung des Wirtschaftswachstums eingebettet wären.

Letztendlich lassen sich in der Tat nur durch **Strukturenreformen** auf der Mikroebene das Produktionspotenzial, die Flexibilität der Wirtschaft und die Widerstandskraft des Euroraums gegenüber externen Schocks erhöhen. Zweifellos sind mangelnde Fortschritte bei der Strukturreform eine der Hauptfaktoren, die einer Erholung der Vertrauens gegenwärtig entgegenstehen. Daher begrüßt der EZB-Rat die jüngste Mitteilung der Europäischen Kommission zur Umsetzung der Grundzüge der Wirtschaftspolitik. Darin wird die Notwendigkeit unterstrichen, das Tempo der Arbeitsmarktreformen zur Erreichung der Ziele von Lissabon zu erhöhen, den Binnenmarkt zu vollenden, den Wettbewerb an den Gütermärkten zu verbessern und das

Zusammenwachsen der Kapitalmärkte, den Unternehmergeist, eine wissensbasierte Wirtschaft sowie Forschung und Entwicklung zu fördern. Wir teilen in vollem Umfang die Einschätzung der Kommission, dass fehlender Mut und Durchsetzungswille in der Politik weit verbreitet sind. Vor diesem Hintergrund wird es entscheidend darauf ankommen, dem strukturellen Reformprozess neuen Schwung zu verleihen, um das Vertrauen der Verbraucher und Anleger zu fördern.

Wir sind nun gerne bereit, Ihre Fragen zu beantworten.

Europäische Zentralbank
Abteilung Presse und Information
Kaiserstraße 29, D-60311 Frankfurt am Main
Tel.: +49 (69) 13 44-7455 • Fax: +49 (69) 1344-7404
Internet: <http://www.ecb.int>
Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.